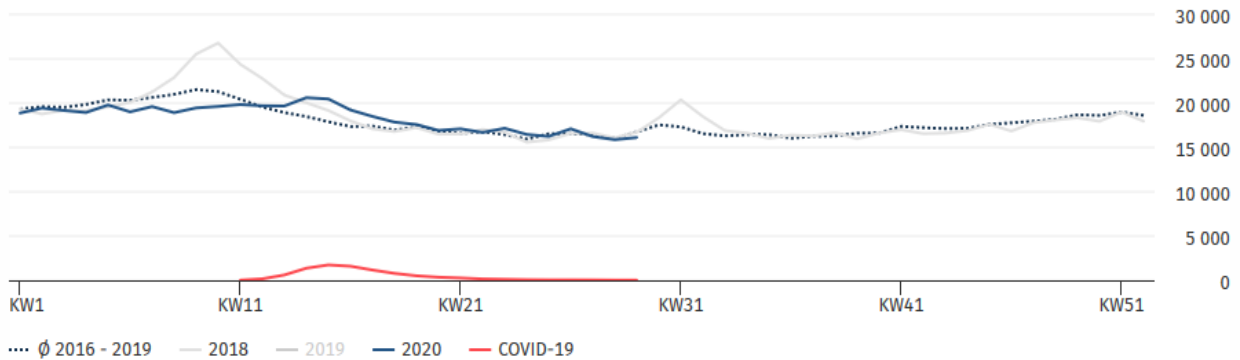


# Lüge

"Jede/r Tote ist eine/r zuviel."

## Einschätzung der realen Bedrohung

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland



Das Anklicken oder Antippen der Legende blendet Merkmale aus und ein.

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

Gestorben wird immer: Ob und wie Einzelne den Tod erleben, wissen wir nicht; bestenfalls aus Büchern über Nahtoderfahrungen, manchmal auch aus Erzählungen über Nahtoderlebnisse von Menschen, die einem nahestehen. Der Tod ist also etwas ganz Persönliches. Jeder (?), fast alle (?), viele (?), manche (?) sagen, sie hätten Angst vor dem Tod. Dabei haben sie Angst wohl eher vor dem Sterben: einem Vorgang der sich bei schweren Krankheiten, nach schweren Unfällen über eine lange Zeit hinziehen kann. In dieser Zeitspanne ringt der Mensch wie alle anderen lebendigen Wesen um sein Leben.

Einen Tod, der von Atemnot begleitet ist, empfinden wir Menschen wahrscheinlich als sehr bedrohlich, denn fast jeder dürfte das Gefühl kennen, das damit verbunden ist. Manchmal muss man nach Luft schnappen oder hecheln. Apnoe-Taucher [<https://de.wikipedia.org/wiki/Apnoetauchen>] arbeiten beständig daran, die Zeit zu verlängern, in der man mit dem Luftvorrat der eigenen Lunge auskommt. Kinder halten manchmal die Luft an, weil sie neugierig sind, was passiert, wenn man einfach aufhört zu atmen. Es wird als extrem bedrohlich empfunden, wenn eine Krankheit massiv das Vermögen massiv beeinträchtigt, Luft zu holen. In Kriminalfilmen werden Morde und Selbstmorde gezeigt, bei denen jemand durch Ersticken zu Tode gebracht wird oder sich selbst umbringt. So lange wir regelmäßig atmen ist alles gut.

### Perfidie der Angst

Auf perfide Art wird gegenwärtig die bekannte und durchaus begründete Angst der Menschen vor Atemnot und Ersticken propagandistisch genutzt. Viren sind sehr klein, Coronaviren zwischen 120 und 160 Nanometer im Durchmesser, und können deshalb sehr leicht über die Atemwege in den Körper eindringen. Wir atmen sie ständig ein. Der Körper reagiert wenn sie überhandnehmen mit Schnupfen, mit Heiserkeit und Halsweh, manchmal mit einem Stechen in der Lunge. Mensch empfindet sich als krank, weil ihn der Kampf mit den Viren schwächt. Er bekommt Fieber und hustet. In den wenigsten Fällen wird er so krank, dass eine massive Schädigung der Fähigkeit zum



Sauerstoffaustausch einsetzt und um sich greift. Menschen damit Angst zu machen, dass sie allesamt vom Erstickungstod bedroht sind, das ist die erste inhaltliche Perfidie betreffend die Erkrankung Covid 19. An Erkrankungen der Atemwege starben in Deutschland lt. Destatis im Jahr 2018 71.719 Menschen. Lt. einer vom Wissenschaftsverlag Springer veröffentlichten Studie wurden zwischen 2005 und 2014 nur 86.416 erwachsene Leichen obduziert. Die absolute Zahl von Obduktionen ging in diesem Zeitraum um 30 % zurück.<sup>1</sup> Wir wissen also über das Geschehen bei tödlichen Verläufen von Atemwegserkrankungen sehr wenig. Weder über die bekannten noch über die neu entdeckten.

Die zweite inhaltliche Perfidie: Jedem von uns wurde die Fähigkeit schleichend abgesprochen, zu entscheiden, wann er sich krank fühlt. Für mich ist es schon sehr seltsam, dass auf einmal ein Test darüber entscheidet, ob ich krank bin. Im Normalfall muss ich bei einer winterlichen Virusinfektion den Arzt aufsuchen, der mich krank schreibt, d.h. zulässt, es für rechtens erklärt, dass ich nicht zur Arbeit gehe. Es machte mich stutzig, dass man erstmals in der Geschichte der allwinterlichen individuellen Kämpfe der Menschen mit Corona-Viren im Rahmen der ersten Maßnahmen dieses übliche Verfahren aussetzte. Plötzlich entschieden andere darüber, ob ich arbeiten darf und wo ich arbeiten darf, wo ich mich aufhalten darf, zu welchem Zweck. Ist eigentlich schon jemandem aufgefallen, dass im homeoffice, man könnte es auch Arbeit in Quarantäne nennen, niemand danach fragt, ob sich jemand krank fühlt? Wer zuhause arbeitet, arbeitet immer - unabhängig von der Uhrzeit und vom körperlichen Befinden.

Die dritte inhaltliche Perfidie: Da die beschriebene Fremdbestimmung über meinen körperlichen Zustand darüber entscheidet, wo und unter welchen Umständen ich mich aufzuhalten habe, trifft eine Erkrankung anders als behauptet nicht alle gleich. Für die einen ist das hinter einem Drahtzaun auf engstem Raum zusammen mit vielen anderen in einer Asylunterkunft oder in einer Unterkunft für Wanderarbeiter. Einige wenige entschließen sich auf ihrer Luxusyacht zu cruisen, bis der Spuk vorbei ist und halten es für selbstverständlich, dass gleichzeitig andere für wenig Lohn in der viral belasteten Luft unterwegs sind, um ihren Nachschub an Kaviar, Austern, Sekt und Wodka zu sichern. Man redet von systemrelevanten Tätigkeiten. Diese werden beklatscht, aber schlecht bezahlt. Andere vermehren im gleichen Zeitraum weiterhin ihr Milliardenvermögen durch Spekulation mit technischer Unterstützung der Funkkommunikation ihrer Yacht. Es ist eine ziemlich freche Lüge zu behaupten, der Schrecken der Seuche treffe alle in gleicher Weise und deshalb müsse jeder von uns alles tun um die Schwachen zu schützen. Wohlgermerkt nicht die Schwachen, die Menschen, die sich geschwächt fühlen, sondern die Schwachen, die eine Behörde zu geschwächten erklärt. In Deutschland waren das bis heute aufsummiert (kumuliert) 232.082 Menschen. Jeder 25 von ihnen starb. Wer gezwungenermaßen hinter einem festen Drahtzaun auf die Ausgabe von Nahrungsmitteln wartet, fühlt sich nicht geschützt und gut versorgt, sondern eingesperrt. Der dauerhafte Aufenthalt von Geflüchteten in umzäunten Lagern ist keine Hilfe, sondern eine Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, im Interesse der Helfer, die sich so leichter tun, die Hilfebedürftigen unter Kontrolle zu halten. In den wenigsten Lagern sorgen die Helfer für sauberes Wasser und ausreichend Brot.

### **Politik vs. Wissenschaft**

Es gibt keine objektiv wissenschaftliche, unabweisbare Begründung für ein Behördenhandeln, das massiv in die persönliche Entscheidungsfreiheit eingreift. ALLE behördlichen Regelungen, Verfügungen, die den Aufenthalt von Menschen bestimmen sind politische Entscheidungen, die mensch sich gefallen lassen *kann*, aber nicht gefallen lassen *muss*. Wie alle behördlichen Regelungen treffen sie Menschen auf persönlich unterschiedliche Weise. In einer Demokratie soll,

---

<sup>1</sup> <https://www.springermedizin.de/obduktionszahlen-in-deutschland/14304250>



darf niemandem das Recht abgesprochen werden, sich im Rahmen seiner persönlichen Verantwortung so zu verhalten, wie er es für richtig hält. Wir wissen, dass Strafen häufig nur zu Strafvermeidung führen, nicht zu vernünftigem Verhalten. Welchen Sinn hat es dann, unter Androhung einer Ordnungsstrafe alle Menschen zu verpflichten immer oder bei manchen Gelegenheiten Mund und Nase zu bedecken? Diejenigen, die auf der Luxusyacht in der Sonne sitzen sind der Regelung nicht unterworfen; diejenigen, die Kisten mit Kaviar schleppen, bekommen Atmungsprobleme, wenn sie den MNS längere Zeit tragen müssen; keiner müsste auf dem gegenwärtigen Stand der Technik zum Einkaufen gehen, denn es gibt Lieferdienste; ob man an der frischen Luft einen MNS braucht, darf gefragt werden; die Gründe, warum manche unter Masken Atemnot empfinden kennen wir nicht; ob wegen einer bereits bestehenden Erkrankung oder einer bestimmten körperlichen Eigenschaft ein Mensch besonders gefährdet ist, weiß der Einzelne selten über sich selbst und glücklicherweise noch keine Behörde. Wie kommt man eigentlich auf die Schnapsidee, es sei ein Akt der Mitmenschlichkeit, alle einzuschränken, statt diejenigen tatkräftig zu unterstützen, die aus freien Stücken in Sorge um ihre Gesundheit und ihr Leben nicht vor die Tür gehen wollen oder sollten?

Was offenbart vor diesem Hintergrund die von manchen Mitmenschen gepflegte moralische Attitüde gegenüber denen, die keine Maske tragen oder Quarantänebestimmungen nicht zuverlässig einhalten? Wissen? Vernunft? Überlegenheitsgefühle? Blockwartmentalität? Ich weiß es nicht und kann es nicht entscheiden. Sind wirklich alle Menschen, die ihre Selbstbestimmung höheren Orts abgeben, bessere Menschen? Ich weiß nicht, was sie treibt. Angst? Untertanengeist? Persönliche Unsicherheit? Eine mitfühlende Seele? Wer glaubt, sein eigenes, persönliches Verhalten sei immer vom einzig legitimen Grund oder der einzig ausschlaggebenden wissenschaftlichen Erkenntnis kontrolliert, der irrt. Eine beängstigende Vielzahl zu den unterschiedlichsten Aspekten einer Sars\_Cov2-Infektion lässt vor allem eines erkennen: Gesichertes empirisches Wissen gibt es bisher zu keinem der Untersuchungsansätze. Der Bundestag hat am 25. März Regierung und Behörden umfassend ermächtigt bis Ende März 2021 alle Fragen, die in Zusammenhang mit der viralen Erkrankung stehen, eigenmächtig und ohne demokratische Kontrolle zu entscheiden? War das nötig?

### **Macht und Willkür**

Schon seit geraumer Zeit, seit dem Beginn der machtvollen, globalen Durchsetzung der Kapitalinteressen im Neoliberalismus, erkennen immer mehr Bewohner unseres Landes, dass das Gleichheitsversprechen der Demokratie nicht eingelöst wird. Reiche Steuerhinterzieher kommen ungestraft davon, vor Gericht gestellt werden eine KassiererIn, die einen liegengelassenen Pfandbon für sich selbst nutzt und eine Kaltmamsell, die übrig gebliebene belegte Brote mit nachhause nimmt, statt sie wegzuworfen. Erst vor ein paar Tagen wurde gerichtlich bestätigt, dass es rechtens sei, Menschen des Diebstahls zu bezichtigen und gerichtlich zu belangen, die brauchbares Gemüse aus Müllcontainern "entwenden", statt es ordnungsgemäß der Vernichtung zuzuführen. Der Eigentumsbegriff wurde gegen jede Vernunft aufgebläht. Eine ins Absurde triftende Eigentumsideologie wird im Interesse der Herrschenden gerichtlich durchgesetzt. Immobilienspekulanten lassen Häuser verkommen oder bebauen Grundstücke gar nicht, um sie mit höheren Werten bilanzieren zu können oder den Verkaufspreis hochzutreiben. Gleichzeitig wächst stetig die Zahl derer, die als Wohnungslose mit ihren Habseligkeiten in einer großen Reisetasche zwischen den Wohnungen ihrer Freunde wechseln oder der Obdachlosigkeit anheimfallen. Im Behördenhandeln seit Beginn des Zeitraums, der Coronakrise genannt wird, offenbart sich zunehmende Willkür und Unfähigkeit oder Unwille der Herrschenden, eine gesellschaftliche Lage so zu behandeln, dass das Demokratieversprechen gleicher Rechte inhaltlich eingehalten wird. Auf Dauer wurde das in der Geschichte noch nie geduldet, sondern irgendwann durch Gewaltausbrüche



beantwortet. Die Gefahr ist groß, dass solche Gewaltausbrüche sich in naher Zukunft nicht gegen die Herrschenden richten, sondern gegen Schwächere. Zu diesen Schwächeren gehören nicht allein Fremde, Zugewanderte sondern auch Obdachlose und Behinderte. Es stimmt nicht optimistisch, dass unter dem Vorwand "Gesundheit" gegen Ballungen von Zugewanderten vorgegangen wird, die in Ghettos leben, in beengten Unterkünften oder in Großfamilien gewohnte Feste feiern. Beim Virus hört gegenwärtig oft das Verständnis für bereichernde Kulturformen auf. Behörden und Medien bestätigen durch Maßnahmen und Wortwahl der Berichterstattung die Angst vor den Fremden und den Bevölkerungsgruppen, die wieder als Asoziale bezeichnet werden. Regierungsamlich unterstützte Demonstrationen gegen Rassismus in den USA, propagiert als Solidarität mit der Bewegung "Black Lives Matter", verschleiern den von den eigenen Behörden, Ordnungskräften und Arbeitgebern praktizierten realen Rassismus, der in Armutslöhnen, unzumutbaren Wohnverhältnissen, in angeblich statistisch legitimierter Kriminalitätsprävention gegen Zugewanderte *und* in der Internierung gesundheitlich Verdächtiger seinen Ausdruck findet.

### **Überleben - was ist gemeint?**

Mensch kann das Leben nicht überleben. Eine gute medizinische Versorgung kann dazu beitragen, die durchschnittliche Lebenserwartung zu erhöhen und, abhängig vom Stand der medizinischen Forschung, einem Einzelnen ein trotz Krankheit erträgliches Leben zu ermöglichen, in manchen, sehr seltenen Fällen auch eine Krankheit ohne spürbare Folgen zu überwinden, in vollem Umfang zu heilen. Wer anders sollte darüber entscheiden, was hilfreich oder erträglich ist, als der Kranke selbst? Diese sinnvolle Regel wird im gegenwärtigen Gesundheitsregime außer Kraft gesetzt.

1. Eine nicht genauer bestimmbare Zahl von Menschen, die - meistens wegen hohen Alters - nicht mehr entscheidungsfähig ist, wird ihrer Kontakte zu Angehörigen beraubt. Den behandelnden Ärzten wird erlaubt, man könnte auch sagen zugemutet, unter Umgehung des Willens der Erkrankten medizinische Behandlungen einzuleiten, die auch von sorgerechtigten Angehörigen nicht mehr verfolgt und in ihrer Wirkung beurteilt werden können. Diese Problematik betrifft alle nicht mehr entscheidungsfähigen Menschen, die Angehörige haben, die sich um sie kümmern. Zur Zahl der Betroffenen gibt es keine Angaben.

2. Mit politisch gesetzten, wissenschaftlich nicht begründeten und verwaltungstechnisch völlig unzureichenden Mitteln sowie rechtlich willkürlichen Maßnahmen werden unter dem Stichwort Seuchenprävention Menschen drangsaliert. Sie verlieren z. B. ihren Arbeitsplatz, weil Arbeitgeber die von Behörden erzwungene Quarantäne als Kündigungsgrund ansehen. Zahlen hierzu liegen ebenfalls nicht vor.

3. Kostenübernahme und Haftung der Behörden für das von ihnen angeordnete Tun ist in aller Regel ungeklärt. Die Sinnhaftigkeit massenweiser Betriebsschließungen und regulatorischer Eingriffe in Betriebsabläufe erschließt sich nicht allein Betriebsleitungen nicht, sondern auch vielen Beschäftigten nicht. Die Anordnungen der Behörden sind oft in sich widersprüchlich und entbehren einer nachvollziehbaren sachlichen Grundlage.

4. Erzwungen wird die Quarantäne/Internierung auf der Grundlage von Tests, deren Aussagekraft auch unter Wissenschaftlern umstritten ist. Das hinzunehmen kann vom Bürger in einer Anfangsphase erwartet werden, die von hektischem Suchen nach angemessenen Antworten geprägt ist gegenüber einer noch nicht genau fassbaren Bedrohung.

Leben ist tendenziell nicht vorhersehbar und nur in Grenzen planbar. Nach 7 Monaten, in denen sich herausstellte, dass das Ausmaß der Gefährdung in Deutschland überschätzt worden war, sind Maßnahmen nicht mehr verhältnismäßig, die sich nicht an dieser Abfolge orientieren: 1. individuelle Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes, 2. freiwilliger Arztbesuch 3. Diagnose mit Verfahrensweisen nach eingetragener Wahl, 4. selbstbestimmte Therapie.



## **Spekulationen zu Absichten hinter dem Regierungshandeln**

Ich habe, denke ich, in ausreichendem Umfang dargelegt, warum es politische und menschliche Entscheidungen sind, die - wie schon immer, seit es Gesellschaften gibt - unser gegenwärtiges Leben unter dem Corona-Regime bestimmen. Es ist deshalb nicht nur möglich, sondern geboten, die Maßnahmen zu hinterfragen. Gerade weil ich, das habe ich an anderer Stelle schon geschrieben, zu den sehr vorsichtigen um nicht zu sagen eher ängstlichen Menschen gehöre, habe ich das Geschehen nach der Entdeckung von Sars-Cov2 mit viel Zeitaufwand verfolgt. Ich bin Bürgerin Deutschlands, weder Virologin noch Ärztin oder Epidemiologin. Deshalb hatte und habe ich in erster Linie die innere Sachlogik des Regierungshandelns im Blick und dessen Umsetzung in Bundes- und Landesbehörden. Ganz egal, was eine Regierung veranlasst und ihre Behörden umsetzen: Behördenhandeln stößt auf Widerstand, wenn es einer solchen inneren Sachlogik entbehrt, wie ich meine zu Recht. Sinkende Akzeptanz für die aus dem Stand getroffenen Maßnahmen und ein immer stärker abweichendes Verhalten der Bürgerinnen und Bürger ist die logische Folge.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit entweder die innere Logik des Behördenhandelns zu überprüfen, den Rechtsrahmen in geordneten parlamentarischen Vollzügen zu modifizieren oder die für richtig gehaltenen Maßnahmen durchzusetzen mit einem größeren Aufwand an Ordnungskräften und/oder einer Verschärfung der Strafbewehrung. Kommt einer Regierung und ihren nachgeordneten Behörden in einer Demokratie die Legitimation unter größeren Menschenmengen abhanden, so erhalten automatisch Fragen der politischen Bürgerrechte, der Selbstbestimmung und der individuellen Autonomie ein größeres Gewicht. Spekulationen zu undurchsichtigen Antrieben des Regierungshandelns verbreiten sich. Wer auch immer vor diesem Hintergrund Verdächtigungen formuliert, Abhängigkeitsverhältnisse der Regierenden gegenüber den Herrschenden thematisiert, finanzielle Beweggründe unterstellt, der nimmt seine politischen Bürgerrechte wahr und versucht nach Kräften seine individuelle Autonomie zu erhalten.

Ich sehe mich durch den tatsächlichen Ablauf nicht veranlasst, amtierende Verantwortliche mit einem Vertrauensvorschuss zu versehen und ihnen ein willkürfreies Handeln nach bestem Wissen und Gewissen zu attestieren. Die seit Jahrzehnten maßgebliche, federführende Behörde, das Robert-Koch-Institut, angesiedelt beim Bundesgesundheitsministerium, hat im Jahr 2012 im Auftrag der damaligen Schwarz-Gelben Regierung ein Pandemie-Szenario vorgelegt, das im Januar 2013 allen Abgeordneten des Bundestags als Bericht zugänglich gemacht wurde.<sup>2</sup> Folgend dem dort dargelegten Szenario ist nicht nachvollziehbar, dass in Zusammenhang mit der von China gemeldeten Entdeckung von Sars\_Cov2 und im März bei der Feststellung der Pandemie durch die WHO weder bei den Gesundheitsämtern Melderoutinen für die zahlenmäßige Erfassung von Erkrankungsfällen vorhanden waren, noch eine abrufbare Erfassung örtlich vorhandener Intensivbetten. Die Versorgung des medizinischen Personals mit Schutzmasken und -kleidung war über Wochen genauso wenig gesichert, wie die Versorgung mit Sauerstoff in medizinisch verwendbaren Gefäßen. Das wurde kaum kritisiert – Hamsterkäufe der in Panik versetzten Bürger schon.

Nach Bekunden des Whistleblowers Stephan K., Oberregierungsrat im Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, in seinem Papier "Ergebnisse der internen Evaluation des Corona Krisenmanagements" gab es nach 8 Jahren Merkelscher Kanzlerschaft zwischen 2012 und 2020 weder ein plangeleitetes, abgestimmtes Vorgehen der personell ausgedünnten Gesundheitsbehörden. Es gab auch keine festgelegte Ausstiegsroutine für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass Schwere und Ausmaß der möglichen Erkrankung sich als wenig bedrohlich oder im Rahmen des deutschen Gesundheitsswesens als beherrschbar herausstellen. Die Sterblichkeit in anderen Ländern spielt für die Bewertung von Maßnahmen im deutschen

<sup>2</sup>Bundestagsdrucksache 17/12051; ebenda: Anhang 4; Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund Pandemie durch Virus „Modi-SARS“



Gesundheitssystem keine Rolle. Die Bundesregierung ist deshalb in vollem Umfang für ihre Fehler und die damit verbundenen Kollateralschäden verantwortlich zu machen. Die Frage ist berechtigt, ob nicht in großem Umfang sachfremde politische Interessen oder materielle Interessen von Anbietern der Gesundheitsindustrie (Pharmaindustrie, private Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen) das Regierungshandeln bestimmt haben.

Ich finde es mehr als bedenklich, wenn jetzt, Ende August 2020, 8 Monate nach Meldung der ersten Erkrankungen an die WHO und 7 Monate nach Übermittlung des chemischen Bauplans des Virus durch einen chinesischen Virologen an die wissenschaftliche Welt, die Bevölkerung verängstigt und in Panik gehalten wird - in einem Ausmaß, das sich als unberechtigt herausgestellt hat. Die Devise "Vorsicht ist die Mutter der Porzellanbox" ist weder für Individuen noch für Gesellschaften eine auf Dauer sinnvolle Strategie im Umgang mit Gefährdungen. Die Frage steht im Raum, ob die in Demokratien zu gewährleistende Verhältnismäßigkeit der Mittel noch gegeben ist. Mittlerweile zeichnen sich Kollateralschäden ab, die eine möglichst rasche Beendigung des Pandemieregimes zwingend erfordern. Nicht allein Kollateralschäden wirtschaftlicher Art, sondern solche gesundheitlicher Art.

Allem Anschein nach wird mit Unterstützung herrschaftsnaher Medien weiterhin moralischer Druck aufrechterhalten. Ziel dabei könnte es sein den einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung die materielle Existenzgrundlage zu entziehen und öffentliche Gelder gezielt in private Taschen umzuleiten. Die mentale und psychische Gesundheit der nachwachsenden Generation, der Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren, wird massiv gefährdet - gegenwärtig und mit nicht absehbaren Folgen in der Zukunft.

Auf den Punkt gebracht: Ich stimme den Maßnahmen der Regierungen und der nachgeordneten Behörden nicht zu, weil die einzig vorgetragene Begründung, diese schützen die Schwachen und in besonders hohem Maß gefährdeten Mitmenschen eine Lüge ist.

Die Behauptung, die gegenwärtige Regierung kämpfe um das Überleben eines jeden einzelnen Menschen ist eine Lüge. Das Regierungshandeln ist in weiten Teilen maßgeblich beeinflusst von Entwicklungsperspektiven, die im Internetauftritt des Weltwirtschaftsforums nachzulesen sind.<sup>3</sup> Das Weltwirtschaftsforum ist ein Netzwerk von Menschen, das gegenwärtig nach eigenem Bekunden praktische Lösungen entwickelt für einen Neustart, einen "Reset" des maroden, unmenschlichen kapitalistischen Systems. Das Weltwirtschaftsforum ist nicht demokratisch legitimiert und funktioniert nicht einmal ansatzweise auf der Grundlage der für Demokratien wesentlichen Prinzipien Transparenz und Repräsentation. Es gibt keine öffentlichen Mehrheitsbeschlüsse, zu denen die Bewohner der gegenwärtig 193 UN-Mitgliedsstaaten ablehnend oder zustimmend Stellung beziehen könnten - nicht einmal ihre gewählten Regierungen. Es ist dazu auch keine breite öffentliche Debatte gewünscht. Würden sonst nicht die deutschen Teilnehmer des anstehenden Treffens im Januar 2021 im Stile repräsentativer Demokratie die vorhandenen Vorschläge verbreiten und um Zustimmung werben?

## **Gesundheit und Menschenrechte**

Die eingangs zitierte gegenwärtig weit verbreitete Formulierung ""Jede/r Tote ist eine/r zuviel." will uns einreden, eine Gesellschaft könne dafür sorgen, dass alle Menschen Krankheiten folgenlos überleben. Sie kann es nicht. Sie hat im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel dafür zu sorgen, dass Menschen geholfen wird, die vorübergehende oder chronische gesundheitliche Beeinträchtigungen der körperlichen Leistungsfähigkeit erleben. So ist auch der Artikel 12 des UN-Sozialpakts zu verstehen:

"Artikel 12 (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare

---

3 [www.weforum.org](http://www.weforum.org)



Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an. (2) Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechts umfassen die erforderlichen Maßnahmen a) zur Senkung der Zahl der Totgeburten und der Kindersterblichkeit sowie zur gesunden Entwicklung des Kindes; b) zur Verbesserung aller Aspekte der Umwelt- und der Arbeitshygiene; c) zur Vorbeugung, Behandlung und Bekämpfung epidemischer, endemischer, Berufs- und sonstiger Krankheiten; d) zur Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen." Menschenrechte können weder Gesundheit noch Unsterblichkeit garantieren, sondern nur bestmögliche medizinische Versorgung. In welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln das "erreichbare Höchstmaß" angestrebt wird, angestrebt werden kann, das ist eine Frage gesellschaftlicher Entscheidungen.

Kriege zu verhindern, wäre kein schlechter Anfang. Dann könnte man das Geld, das allerorten für digital gesteuerte Bein- und Armprothesen gesammelt wird, für Brot ausgeben. Ausreichend und vielfältig ernährte Menschen sind nachweislich widerstandsfähiger gegenüber Viren.